

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 6. März 2007

Mindestlöhne sind maximaler Unsinn

Wettkampf zwischen Rüttgers und SPD schadet dem Aufschwung: Neue Studie der Stiftung Marktwirtschaft

Die Stiftung Marktwirtschaft warnt vor der Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland. Wie eine neue Studie der Stiftung zeigt, sind die mit Mindestlöhnen verbundenen Hoffnungen trügerisch, die Gefahren aber real: „Mindestlöhne sind maximaler Unsinn“, so Prof. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung.

Eilfort sieht die Diskussion um die Mindestlöhne und eine absehbare Initiative der Bundesregierung weniger sachlich als vielmehr politisch begründet: „Die SPD will den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten nicht länger als einzigen Gralshüter August Bebel's gelten lassen. Die CDU traut sich kaum zu, mit wirtschaftlicher Vernunft beim Souverän zu überzeugen und hat Angst vor einem möglichen Wahlkampfthema 2009. Wenigstens der Wirtschaftsminister steht für diejenigen, die erkannt haben, dass dieses vermeintliche 'Gewinnerthema' am Ende alle zu Verlierern macht“.

Nach Ansicht der Stiftung Marktwirtschaft täte die Große Koalition gut daran, auf dem Arbeitsmarkt den Weg sinnvoller Strukturreformen fortzusetzen, den Rot-Grün bzw. eine informelle Große Koalition 2003 eingeschlagen hat. Wenn sie sich dazu nicht in der Lage sieht, sollte sie wenigstens nicht die konjunkturelle Unterstützung behindern: „Nichtstun kann verantwortungsvolles Handeln sein.“

Nach Jahren der Stagnation sieht jeder nun endlich, wie eine gute Konjunktur die Arbeitslosigkeit erfreulich senkt. Diese positive Entwicklung ist noch sehr ungleich verteilt und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor große Gruppen – insbesondere Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose – von einer aktiven Teilnahme am Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschlossen sind. Gleichzeitig zeigt der Erfolg der Zeitarbeit, wie wichtig Flexibilität ist.

Die Einführung eines Mindestlohns – sei es als einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn oder auf Basis von Branchenvereinbarungen – würde die Fortführung des begonnenen Abbaus der Arbeitslosigkeit dramatisch gefährden, wenn nicht ins Gegenteil umkehren. Ökonomisch unbedenklich wäre allein die Einführung eines sehr geringen, damit symbolischen Mindestlohns, der faktisch nicht zur Anwendung käme. Genau dabei würde es aber nicht bleiben: Zu erwarten ist vielmehr, dass jeder gesetzliche Mindestlohn, steht er erst einmal im Gesetzbuch, spätestens nach ein paar Jahren aufgrund des Drucks einzelner Partikularinteressen so hoch gesetzt wird, dass unvermeidlich Arbeitslosigkeit entsteht.

Irrglaube Mindestlöhne

– Trügerische Hoffnung, zerstörte Beschäftigungschancen

Argument Nr. 99

Guido Raddatz und Sascha Wolf

Herausgeber: Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2007.

Ihre Ansprechpartnerin:

Susanna Hübner
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Telefon 030 - 20 60 57-33
Fax 030 - 20 60 57-57
E-Mail: huebner@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de